

4718/AB XX.GP

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 5039/J betreffend Verkehrssituation im Nord - Ost - Bereich Niederösterreichs, welche die Abgeordneten Dr. Rada, DI Kummerer und Genossen am 8. Oktober 1998 an mich richteten, stelle ich fest; Antwort zu den Punkten 1 und 2 der Anfrage:

Sowohl die Bedürfnisse der Wirtschaft und der Arbeitnehmer als auch das Schutzbedürfnis der Bevölkerung vor negativen Auswirkungen des Verkehrs erfordern angemessene, moderne Verkehrsinfrastrukturen. Dabei stellen die aktuellen politischen und ökonomischen Entwicklungen in Europa und die Integrationsbestrebungen der Reformstaaten verbunden mit der zentralen Lage Österreichs bei einer auf die Zukunft gerichteten Planung der Verkehrsinfrastrukturen weitere, bedeutende Rahmenbedingungen dar.

Für die in meinen Zuständigkeitsbereich fallenden Bundesstraßen habe ich im Sommer dieses Jahres eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die sich mit der Gestaltung des Straßennetzes im Donaueuropäischen Raum unter besonderer Beachtung des Wirtschaftsstandortes Österreich befaßt. Die Ergebnisse der Beratungen dieser interministeriellen Arbeitsgruppe, in der neben

Experten des Wirtschaftsministeriums und anderer Ressorts auch Vertreter der Bundesländer und Sozialpartner mitarbeiten, werden voraussichtlich Ende Jänner 1999 vorliegen.

Ohne den Ergebnissen der Experten vorgreifen zu wollen darf ich festhalten, dass aus meiner Sicht hochrangige Straßenverbindungen zur Anbindung der benachbarten Wirtschaftsräume in den nördlichen und östlichen Nachbarstaaten unerlässlich erscheinen. Diese Meinung habe ich nicht nur in den Medien vertreten sondern bereits vor längerer Zeit den im Rahmen der Auftragsverwaltung für die Planung zuständigen Landeshauptmännern mitgeteilt und diese ersucht, entsprechende Überlegungen anzustellen.

Zu ausgewählten Projekten darf ich festhalten:

Im Bundesstraßengesetz ist eine Nordautobahn derzeit nicht enthalten. Die aktuellen Planungen der Bundesstraßenverwaltung Niederösterreich sehen die Errichtung einer leistungsfähigen Straßenverbindung im Zuge der B 7 Brunner Straße vor. So ist etwa derzeit die Umfahrung Eibesbrunn - Wolkersdorf in Bau.

Die B 3 Donau Straße wird kontinuierlich ausgebaut, der Abschnitt Perzendorf - Frauendorf ist im aktuellen Bauprogramm mit Gesamtkosten von rund 370 Mio.S enthalten, der Abschnitt Tulln - Grafenwörth in der Bedarfsfeststellung in Stufe 1 gereiht.

Zum Projekt B 301 Wiener Südrand Straße wird derzeit das UVP - Verfahren durchgeführt, die Finanzierung dieses Bauvorhabens wird aus Mitteln der ASFINAG erfolgen.

Für eine Umfahrung von Hamburg liegt ein vom Wirtschaftsministerium genehmigtes Generelles Projekt vor, auf Wunsch des Landes Niederösterreich (der mit der Stadtgemeinde Hamburg abgestimmt war) wurde vorerst der Setzung verkehrsberuhigender Maßnahmen im Zuge der Ortsdurchfahrt von Hamburg der Vorzug eingeräumt und ist eine Umfahrung Hamburg in den Meldungen des Landes Niederösterreich zur Bedarfsfeststellung für den Ausbau von Bundesstraßen derzeit nicht enthalten.

Zur Beschleunigung der Planungen für eine Verbindungsspanne zwischen Kittsee und der A 4 Ostautobahn, die von den Bundesstraßenverwaltungen Niederösterreich und Burgenland

durchzuführen sind, habe ich ein Planungskontrolling des Wirtschaftsministeriums vorgesehen. Mit ersten konkreten Ergebnissen ist im ersten Halbjahr 1999 zu rechnen. Das Vorhaben selbst ist in der Bedarfsfeststellung in Dringlichkeitsstufe 1 gereiht.

Der Zeitpunkt für die Umsetzung der einzelnen vorgenannten Bauvorhaben richtet sich nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Budgetmittel.

Antwort zu Punkt 3 der Anfrage:

Der Ausbaustandard der einzelnen Vorhaben wird jeweils auf Grundlage aktueller Verkehrsuntersuchungen festgelegt und dem längerfristig zu erwartenden Bedarf entsprechend angepaßt. Daneben werden die Ergebnisse der oben genannten Arbeitsgruppe bei den weiteren Überlegungen zu berücksichtigen sein.

Antwort zu Punkt 4 der Anfrage:

Der Landeshauptmann von Niederösterreich, Bundesstraßenverwaltung ist im Rahmen der Auftragsverwaltung des Bundes für die Planung, den Bau und die Erhaltung jener Bundesstraßen zuständig, die nicht - wie z.B. die B 301 Wiener Südrand Straße - der ASFINAG übertragen wurden. So nimmt das Land Niederösterreich auch die Reihung der Bundesstraßenprojekte vor und beantragt die finanziellen Dotierungen für die einzelnen Bauvorhaben, die im Rahmen der jährlichen Bauprogrammsverhandlungen unter Berücksichtigung der budgetären Möglichkeiten festgelegt werden.

Antwort zu Punkt 5 der Anfrage:

Die Vorplanungen für die angesprochene Nord - Ost - Spange werden derzeit gemeinsam von den Bundesstraßenverwaltungen Niederösterreich und Wien durchgeführt. Dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten wurden bisher noch keine konkreten Ergebnisse oder Trassenvorschläge vorgelegt.